

Gericht soll neue Konzession stoppen

Wasserforum befürchtet Vergabe an
die Energie Baden-Württemberg

VON KONSTANTIN SCHWARZ

STUTTGART. Das Wasserforum nimmt die Ablehnung seines Bürgerbegehrens zum Thema Energie- und Wasserversorgung durch den Stuttgarter Gemeinderat nicht hin. Die Initiative hat beim Verwaltungsgericht den Antrag gestellt, das laufende Konzessionsverfahren so lange auszusetzen, bis die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens vor Gericht geklärt ist. Die Stadtverwaltung plant bisher, dass der Gemeinderat im Juli über den künftigen Betreiber der Strom- und Gasnetze entscheidet.

Am 6. Dezember hatte der Stuttgarter Gemeinderat das Bürgerbegehren des Wasserforums abgelehnt. Für das Begehren stimmte nur die Fraktionsgemeinschaft SÖS/Linke, allerdings ohne deren Stadträtin Ulrike Küstler. Die Initiative hatte 27 000 Unterschriften gesammelt, mit denen die Forderung erhoben wird, dass die Kommune „die Konzession und den Betrieb der Netze für Wasser, Strom, Gas und Fernwärme spätestens ab 1. Januar 2014 selbst übernimmt“. Bisher leistet dies die Energie Baden-Württemberg (EnBW). Die Stadt sollte den Betrieb ohne Ausschreibung an sich selbst („Inhouse-Vergabe“) übertragen. Verwaltung und die Mehrheit des Gemeinderats sehen das als rechtlich unzulässig an. Der Vergabe müsse eine Ausschreibung vorausgehen.

Die Initiative hatte gegen die Entscheidung des Gemeinderats Widerspruch eingelegt. Über diesen entscheiden zunächst die Stadtverwaltung, dann das Regierungspräsidium, was aber dauern kann. „Wir wollen mit unserem Eilantrag vor Gericht verhindern, dass vollendete Tatsachen geschaffen werden“, begründet Barbara Kern für das Wasserforum das Vorgehen. Die Stadtverwaltung verhandelte mit der EnBW über die weitere Betriebsführung bei der Wasserversorgung. Daher sei absehbar, dass die EnBW auch bei Strom und Gas wieder zum Zug kommen werde, befürchtet Kern.